

Der Hauptfeind im eigenen Land Der neue deutsche Imperialismus und die Krise in Euroland

Seit Ende 2009 zieht sich eine Staatsschuldenkrise durch Euroland. Ein baldiges Ende ist nicht in Sicht. Doch während der Druck auf die Peripherie des Euroraumes wächst, macht sich im Zentrum einige Zufriedenheit breit. Gemessen am BIP hat die Bundesrepublik im ersten Quartal 2011 den Höchststand vor der Krise, das erste Quartal 2008, erstmals wieder übertroffen. Voller Selbstbewusstsein schrieb die Frankfurter Allgemeine am 6. Juli: "Die deutschen Unternehmen sind stark – und gestärkt – aus der Krise hervorgegangen. Alle Befürchtungen über eine lang anhaltende und nur über einen langen Aufschwung wieder auszugleichende Krise haben sich nicht bewahrheitet. ... Die Krise wurde genutzt."

Wenngleich gut einen Monat später das Bild nicht mehr ganz so positiv aussah – ein tiefer Einbruch an den Aktienbörsen seit Anfang August, ein Wachstum von nur 0,1 Prozent im zweiten Quartal – die Einschätzung der FAZ hat leider immer noch Gültigkeit. Mitten in der Eurokrise zeigt sich der Wechselkurs des Euro zum Dollar stabil und die schärfste Kritik an der Bundesregierung lautet, sie nehme ihre Führungsrolle nur unzureichend wahr. Tatsächlich trägt die Verständigung auf dem EU-Gipfel von Ende Juli ebenso eine deutsche Handschrift wie die jüngste Einigung von Merkel und Sarkozy. Warum?

Benchmark Bundeswertpapiere

Ein Blick auf die Finanzmärkte gibt Auskunft. Die größten Finanzmärkte sind jene, auf denen nicht mit Aktien, sondern mit den Staatsschuldscheinen großer kapitalistischer Mächte gehandelt wird. Und dort hatte sich schon vor Jahrzehnten ein Maßstab etabliert, an dem sich alle anderen europäischen Angebote messen lassen mussten: die Bundeswertpapiere der BRD. Kein Land auf dem Kontinent konnte sie in Umfang, Sicherheit und geringen Zinsen übertreffen. Sie sind diesseits des Atlantiks das, was auf dem US-Finanzmarkt die US-Staatspapiere darstellen: die Benchmark. Kurzfristige Zweifel an dieser Qualität in den schwierigen Jahren nach dem Anschluss der DDR konnten ausgeräumt werden.

Dieses hohe Ansehen konnten mit der Einführung des Euro andere Staaten für sich nutzbar machen. Dass Italien trotz seines hohen Schuldenstandes nach 1999 jahrelang nur geringe Zinsen auf seine Staatsschulden zahlen musste, ebenso wie Griechenland oder Spanien, hing zusammen mit ihrer Unterordnung unter das von der Bundesrepublik im Bündnis mit Frankreich dominierte System des Euros. Deshalb wissen die Kapitalisten dort genau, was sie mit einem Austritt aus der Eurozone verlieren würden: den Zugang zu großen, sicheren und vergleichsweise zinsgünstigen Kapitalmärkten. An die Lehrbuchökonomie, wonach flexible Wechselkurse nach einer Rückkehr zu einer nationalen Währung einen Ausgleich der Handelsbilanz herbeiführen, die Drachme Griechenland retten würde, glauben sie auch nur so lange, wie sie im Hörsaal sitzen. Deshalb sind sie bereit, für den Euro manche Kröte zu schlucken. Zumal sie sicher sind, dass sie die allermeisten Schäden nicht selber tragen müssen, sondern die Bevölkerung tragen lassen.

Dabei ist Dominanz nicht im Sinne einer heimtückischen Verabredung, sondern als Ergebnis marktwirtschaftlicher Konkurrenz zu verstehen. Es sind die Entscheidungen der Privateigentümer, ihr Vergleich von Renditen und ihre Investitionsentscheidungen, die schließlich auch die Europäische Zentralbank leiten. Für sie gilt heute, was Gudrun Narr-Lindner vor Jahren über ihr Vorbild schrieb: "Die Bundesbank stellt so etwas wie

eine konstitutionelle Monarchie dar. Der König regiert zwar, aber er herrscht nicht. Letzteres besorgen zu einem guten Teil die Banken, die im Verbund Bundesbank-Maßnahmen stoppen und umgehen können bzw. ihrerseits auf die Politik der Bundesbank als Bank massiv Einfluß nehmen." Nicht zuletzt die Leitzinsen ergeben sich daraus, was der Markt als Verzinsung einer sicheren Anlage akzeptiert.

Streit über Geldausgaben

Was aber zeigt der Blick auf die Börsennotierungen der deutschen Staatsschuld-papiere? Sie hatten seit dem Sommer 2010 nachgegeben. Die anziehende Konjunktur machte andere Anlage attraktiver, der deutsche Staat musste (etwas) höhere Zinsen bieten. Doch in der Zuspitzung der Eurokrise sind die Kurse kurzfristig kräftig gestiegen! Die Anleger gaben sich mit immer weniger Zinsen zufrieden, wenn sie dafür nur ihr Geld in Bundesschatzbriefen oder Bundesanleihen unterbringen konnten. Mögen Griechenland oder Spanien Probleme haben, Anleger zu finden, mag selbst Frankreich höhere Zinsen bieten müssen: die Bundesrepublik nicht. Wie in der vermeintlichen Schuldenkrise der USA besteht die Schwierigkeit für die Bundesrepublik nicht darin, Anleger zu finden, die ihr zu geringen Zinsen Geld leihen. Der politische Streit geht darum, wofür dieses Geld eingesetzt werden soll.

Darüber allerdings streiten sich alle Beteiligten wie die Kesselflicker. Wer die Tageszeitung "Die Welt" liest, kann sich vor apokalyptischen Szenarien wildgewordener deutscher Mittelständler kaum retten, die Angst um ihr Geld haben. Tatsächlich hat sich die Bundesregierung in der Frage der Konditionen für Stützungskredite (Stabilitätspakt, Schuldenbremse) weitgehend durchgesetzt. Wie eine von ihr ermächtigte Wirtschaftsregierung ausfallen wird, kann man sich daher vorstellen. Die lange diskutierte Beteiligung der Privaten an den Kosten einer Umschuldung wurde solange in der Diskussion gehalten, wie der Druck der Märkte nötig war, um ein Nachgeben der "europäischen Partner" zu erpressen. Eurobonds – gemeinsame Anleihen der Eurostaaten – wird es erst geben, wenn die Haushaltspolitik der Einzelstaaten komplett unter deutsches Kuratel gestellt ist. Die EZB schließlich? Die macht – siehe oben – ihren Job, wobei sie größere Schwankungen am Geldmarkt zu dämpfen versucht.

Grundlage des deutschen Einflusses ist ein Akkumulationsmodell, das mit der effizienten Ausbeutung einer qualifizierten Arbeiterklasse eine weltmarktfähige Industrieproduktion sichert. Die Lohnstückkostenentwicklung ist seit Jahren, wie es die Wirtschaftspresse gern nennt, moderat: Die deutsche Einheit und Hartz IV garantieren, dass es so bleibt. Nach solchen Erfolgen an der ökonomischen Heimatfront konnte sich das deutsche Kapital auf die – friedliche – Eroberung fremder Märkte konzentrieren. Dort führt es vor, was Imperialismus ist: die höchste Form der freien Konkurrenz – oder, um es in der moralischen Sprache der neuen Zivilgesellschaft zu formulieren: das Recht des Stärkeren.

Niederlagen der Gewerkschaften

Zeit also, sich an eine alte Losung zu erinnern: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Es geht nicht darum, den Zerfall der Euro-Zone aufgrund schlechten makroökonomischen Managements zu befürchten. Es geht darum, den eigenen Anteil am neuen deutschen Imperialismus zu erkennen. Nicht zuletzt die Niederlagen der Gewerkschaften seit 1990 waren es, die den deutschen Unternehmen ihren Platz an der Sonne geschaffen haben. Die verweigerte Solidarität mit den Schwächeren hat nicht angefangen, als Deutsche über die vermeintliche griechische Faulheit redeten; sie ist viel älter. Sie zeigte sich, als 2003 die ostdeutschen Metaller im Kampf um die

35-Stunden-Woche allein gelassen wurden. Sie zeigte sich, als 2004 die Montagsdemonstranten latschen konnten, so lange sie wollten – in den Gewerkschaften rührte sich nichts. Schon die Vorstellung eines Solidaritätsstreiks für Beschäftigte in anderen, schlechter organisierten Bereichen, ist den meisten Kolleginnen und Kollegen völlig fremd.

Dass es so ist, heißt nicht, dass es so bleiben muss. Viele gute Gründe gibt es, dem deutschen Kapital die Gefolgschaft zu verweigern. Die Niederlagen der letzten Jahre haben das Kapital genährt. Für die Beschäftigten bedeutete es: mehr arbeiten für weniger Geld. Glücklicher sind sie damit nicht geworden. Die Alternative heißt: Protest ist machbar, Frau Nachbar – und für Herrn Nachbar auch.

Literatur:

Rania Antonopoulos, An Alternative Theory of Long-Run Exchange Rate Determination, 2009

Anwar Shaikh, The laws of international exchange, 1980

Gudrun Narr-Lidnder, Grenzen monetärer Steuerung, 1984

–

Erstveröffentlichung: lunapark21, Heft 15, Herbst 2011